

OFFENER BRIEF

An

die Präsidentin des
Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen
als Vorsitzende des Justizprüfungsamtes
Am Wall 198
28195 Bremen

die Präsidentin des
Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg
als Präsidentin des Gemeinsamen Justizprüfungsamtes
der Länder Freie Hansestadt Bremen,
Freie und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein
Sievekingplatz 2
20355 Hamburg

den Senator für Justiz und Verfassung
der Freien Hansestadt Bremen
Richtweg 16-22
28195 Bremen

Bremen, den 4. Juni 2013

Sehr geehrte Frau Präsidentin Buse,
sehr geehrte Frau Präsidentin Andreß,
sehr geehrter Herr Senator Günthner,

das Vorhaben der Regierungskoalition in Bremen, die höheren Besoldungsgruppen und damit auch alle im Lande tätigen Richter und Staatsanwälte im Rahmen einer „Nullrunde“ bei den Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezügen 2013/2014 von der allgemeinen Einkommensentwicklung abzukoppeln, hat große Enttäuschung und Empörung ausgelöst.

Diese Entscheidung ist ungerecht, weil die Koalition den Richtern und Staatsanwälten als vermeintlichen Gutverdienern die Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung vorenthält, die sie den tariflich Beschäftigten unabhängig von dem jeweiligen Einkommen gewährt.

Die Entscheidung ist unanständig, weil sie das fehlende Streikrecht und damit die Ohnmacht der Betroffenen bewusst ausnutzt und erkennbar darauf abzielt, einen Keil in die Belegschaft des öffentlichen Dienstes zu treiben.

Die Entscheidung ist politisch unklug, weil sie gerade diejenigen Beamten und Richter vor den Kopf stößt, auf deren unbedingte Leistungsbereitschaft und Loyalität dieses Land in hohem Maße angewiesen ist.

Richter und Staatsanwälte im Land Bremen sehen sich in ihrer Erwartung, dass der öffentliche Dienstherr die von ihnen erbrachten Leistungen wertschätzt, bitter enttäuscht. Hierzu tragen nicht zuletzt Äußerungen verantwortlicher Regierungspolitiker bei, insbesondere über sog. „Klassiker“, die es vermeintlich ersparen, sich Gedanken über eine amtsangemessene Besoldung zu machen.

Die Justiz in Bremen hat seit Jahren trotz gewachsener gesetzlicher Aufgaben kontinuierlich ihren Beitrag im Rahmen der Personaleinsparquoten in der öffentlichen Verwaltung erbracht. Das hat zwangsläufig zu einer von Jahr zu Jahr wachsenden Belastung der aktiven Richter und Staatsanwälte geführt, die sie mit einem kontinuierlich hohen Einsatz standgehalten haben. Kaum ein Bereich in der öffentlichen Verwaltung muss sich im gleichen Maße einem Leistungsvergleich mit anderen Bundesländern unterziehen wie die Arbeit von Richtern und Staatsanwälten. Ihnen wird durch das Justizressort im Hinblick auf die Erledigungszahlen regelmäßig bestätigt, dass sie in weiten Bereichen „Spitzenleistungen“ erbringen. Für Richter und Staatsanwälte bedeutet das nichts anderes, als dass sie auch unter Berücksichtigung der personellen Einsparungen im nichtrichterlichen Dienst im Vergleich zu den Kolleginnen und Kollegen in den meisten anderen Bundesländern eine ungleich höhere Belastung erfahren.

Trotz dieser enormen Belastung erfüllen die hoch qualifizierten Richter und Staatsanwälte im Land Bremen die ihnen übertragenen Aufgaben mit großem persönlichem Einsatz und nach wie vor mit Freude an der Tätigkeit. Sie tun dies im Bewusstsein der großen Tragweite ihrer Entscheidungen für die betroffenen Bürger. Sie stehen loyal zu diesem Staat und sind sich ihrer Verantwortung für den Rechtsstaat bewusst.

Loyalität ist aber keine Einbahnstraße. Ein Staat, der einen in weiten Teilen überobligatorischen Einsatz von Richtern und Staatsanwälten bei Ausübung ihres Amtes erwartet, muss auch bereit sein, diesen Einsatz angemessen zu vergüten. Der Bremer Senat ist dazu offensichtlich nicht mehr bereit. Schon die finanziellen Einschnitte der letzten Jahre haben Richter und Staatsanwälte in Bremen in besonderem Maße von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung sowohl im nationalen wie im europäischen Maßstab abgekoppelt. Ihre Bezüge sind in den vergangenen 20 Jahren gegenüber den Preissteigerungen um fast 40 % zurückgeblieben. Mit der geplanten Nullrunde kündigt der öffentliche Dienstherr seine Loyalität und Wertschätzung gegenüber Richtern und Staatsanwälten im Lande Bremen auf.

Im Interesse des Rechtsstaats und der rechtssuchenden Bürger werden Richter und Staatsanwälte dennoch mit hohem Verantwortungsbewusstsein auch in Zukunft alles ihnen Mögliche und Zumutbare tun, um eine funktionsfähige Justiz zu erhalten.


Viele Kolleginnen und Kollegen sind aber nicht mehr bereit, die von ihnen ohne oder nur gegen eine geringe Vergütung wahrgenommenen Sonderaufgaben, die nicht zu ihrem Hauptamt gehören, weiter zu erfüllen. So halten Richter und Staatsanwälte u.a. etwa ehrenamtlich

Vorträge für Nichtjuristen, machen Schulungen für ehrenamtliche Richter, führen Notarprüfungen durch, sind Mitglieder in verschiedenen Kommissionen, bilden den juristischen Nachwuchs aus und engagieren sich im Prüfungswesen.

Wir als Verbände von Richtern und Staatsanwälten unterstützen jede Kollegin und jeden Kollegen, die/der in Anbetracht der ihr/ihm dargebrachten fehlenden Wertschätzung in den vergangenen Wochen bereits entschieden hat, sich nicht mehr für die außerhalb des Kernbereichs der richterlichen und staatsanwaltlichen Aufgaben liegenden Prüfungstätigkeiten zur Verfügung zu stellen. Wir regen darüber hinaus an, dass alle anderen Kolleginnen und Kollegen ihren Einsatz bei der Aufsicht über die schriftlichen Arbeiten und deren Korrekturen sowie der Abnahme der mündlichen Prüfungen im Ersten wie im Zweiten Staatsexamen bis auf Weiteres ebenfalls einstellen.

Wir wissen, dass dies für jeden Einzelnen eine schwere Entscheidung ist, da wir alle uns für die Ausbildung des juristischen Nachwuchses mitverantwortlich fühlen. Wir verkennen auch nicht die schwierige Situation, die dadurch für die Prüfungsämter und für die Betroffenen insbesondere im Hinblick auf die in nächster Zeit anstehenden Prüfungen entstehen wird. Für viele Kolleginnen und Kollegen sind die Grenzen der Belastung aber nun überschritten. Darüber hinaus gilt es, ein erstes Zeichen zu setzen, um gegen den Umgang, den Richter und Staatsanwälte durch die Koalition erfahren, zu protestieren.

Wir verschließen uns einem Sparbeitrag zur Haushaltskonsolidierung nicht, aber die Nullrunde für Richter und Staatsanwälte mit ihrer über die Pensionierung hinaus reichenden Besoldungslücke ohne jegliche Perspektive für die Zukunft darf nicht stehen bleiben! Der Senat und die Bürgerschaft werden daher aufgerufen, sich zu besinnen und das Tarifergebnis – notfalls mit zeitlicher Verzögerung - auch auf Richter und Staatsanwälte zu übertragen.



Dr. Andreas Helberg
Verein Bremischer Richter und Staatsanwälte
Landesverband im Deutschen Richterbund



André Schlüter
Bund Niedersächsischer Sozialrichter



Dr. Klaus-Dieter Schromek
Fachgruppe Richterinnen und Richter,
Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
in der Gewerkschaft ver.di



Dr. Arne Ehlers
Bund Deutscher Finanzrichterinnen und
Finanzrichter - Landesverband Bremen



Dr. Sabine Stuth
Neue Richtervereinigung – Landesverband Bremen

Der **Gesamtrichterrat für das Land Bremen** und der **Personalrat der Staatsanwaltschaft Bremen** schließen sich dem Protest der vorstehend aufgeführten Verbände und Gewerkschaften ausdrücklich an. Wir unterstützen die Kolleginnen und Kollegen, die ihre Tätigkeit im Rahmen der Ersten und Zweiten Juristischen Staatsprüfung bis auf Weiteres einstellen.



Dr. Arne Ehlers

Vorsitzender des Gesamtrichterrates für das Land Bremen



Antje Kück

Vorsitzende des Personalrates der Staatsanwaltschaft Bremen